

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich übermittle Ihnen in offener Frist meine Stellungnahme zum geplanten neuen Dienstrecht für Lehrerinnen und Lehrer.

Ich unterrichte seit bald 30 Jahren an Wiener AHS und laut bisherigen Stellungnahmen wird mich das neue Dienstrecht nicht betreffen. Die Sorge um die Arbeitsbedingungen zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer und um die Qualität der Betreuung zukünftiger Schülerinnen und Schüler veranlasst mich dazu, Sie aufzufordern, Ihre allfällige Unterstützung dieses Vorhabens nochmals zu überdenken. Ich tue dies auch, weil die Betroffenen die Auswirkungen dieses Gesetzes mangels Berufserfahrung noch gar nicht richtig abschätzen können!

Die Erhöhung der Lehrverpflichtung auf 24 Stunden bedeutet nicht nur 6 Unterrichtsstunden mehr sondern mindestens noch einmal so viele Stunden zu deren Vor- und Nachbereitung. Das können Sie doch unmöglich als Qualitätssteigerung für die Schülerinnen und Schüler sehen! Jede Lehrerin/ jeder Lehrer muss je nach Fach ca. 50 – 100 Schülerinnen und Schüler mehr betreuen als jetzt, wie soll da eine individuelle Betreuung möglich sein?

Die vorgesehene Bezahlung ist bei dieser Mehrbelastung auch keine Gehaltserhöhung sondern eine – kürzung. Wie wollen Sie engagierte und interessierte junge Menschen für den Lehrberuf gewinnen, wenn Sie nicht nur die Arbeitsbelastung erhöhen, sondern auch noch die Einstiegsphase in diesen Beruf erschweren. Jemand, der diesen Beruf beginnt, kann doch nicht eine volle Lehrverpflichtung und die vorgeschriebenen Begleitmaßnahmen bewältigen. Außerdem macht es der Bedarf einer vollen Lehrverpflichtung viel schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Jemand nur mit einer Bachelor – Ausbildung an allen Schularten und in allen Fächern einzusetzen, bedeutet nicht nur eine totale Überforderung der Lehrperson, sondern auch eine Gefährdung der qualitätsvollen Betreuung und Ausbildung der Schülerinnen und Schüler. Zumindest letzteres wird Ihnen doch hoffentlich nicht egal sein!

Bei dem jetzt schon hohen und weiter steigenden Frauenanteil in diesem Beruf ist dieses Gesetz auch als frauenfeindlich einzustufen!

Aus den genannten Gründen lehne ich dieses Gesetz entschieden ab und ersuche Sie, gemeinsam mit der Gewerkschaft einen Entwurf zu erarbeiten, der die Qualität unseres Schulwesens sichert oder sogar steigert.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Wilhelm Welkovic